



Die Schweiz will ihre Kritiker mit Milliarden besänftigen

Aussenminister Ignazio Cassis verspricht grosszügige Zahlungen für die Ukraine. Es ist der Versuch eines Befreiungsschlags



Ignazio Cassis beim Treffen mit Weltbank-Vertreterin Anna Bjerde. (Washington, 13. April 2023)

Andrea Kučera,
Alan Cassidy

1,8 Milliarden Franken. So viel Geld will die Schweiz bis 2028 für den Wiederaufbau in der Ukraine bereitstellen. Dies gab Aussenminister Ignazio Cassis am Donnerstag am Frühjahrestreffen der Weltbank-Gruppe in Washington bekannt. Wie sich nun zeigt, ist diese Summe aber erst der Anfang: «Der Bundesrat erwägt weitere Milliardeninvestitionen in der Ukraine in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren», sagt Cassis zur «NZZ am Sonntag».

Wie die Neat sei auch der Wiederaufbau des kriegsversehrten Landes ein Generationenprojekt, so Cassis. Zum Vergleich: Der Bau der Bahn-Alpentransversale hat fast 20 Jahre gedauert und 22,8 Milliarden gekostet. In dieser Grössenordnung soll sich nun auch die Wiederaufbauhilfe bewegen. «Seit Beginn des Krieges betont der Bundesrat, dass Neutralität nicht Gleichgültigkeit bedeutet», sagt Cassis. «Diese Geste beweist dies erneut. Die Schweiz

will damit ihre Solidarität mit der Ukraine zum Ausdruck bringen und einen Beitrag zur Stabilität unseres Kontinents leisten.»

Wie viele Milliarden es am Schluss sein werden, ist noch unklar. Fest steht aber, dass es für diese Hilfsaktion ein neues Gesetz brauchen wird, eine Art «Lex Ukraine». Denn im Gegensatz zu den ersten 1,8 Milliarden Franken, die der Bundesrat dem regulären Budget für die Entwicklungszusammenarbeit entneh-



men konnte, sind für die künftigen Gelder regulatorische Anpassungen notwendig. Zurzeit ist eine Arbeitsgruppe des Bundes daran, ein Konzept auszuarbeiten. In einem zweiten Schritt kommt die «Lex Ukraine» vors Parlament. Je nachdem, ob dagegen das Referendum ergriffen wird, entscheidet am Schluss das Volk über die Wiederaufbauhilfe.

Der Druck steigt

Dass Cassis ausgerechnet jetzt Milliardenhilfen für die Ukraine in Aussicht stellt, ist kein Zufall. Mit der Ausrichtung der Lugano-Konferenz hat die Schweiz letzten Juli den Wiederaufbauprozess angestossen. Nun steht sie unter Zugzwang, den Worten auch Taten folgen zu lassen. Doch es gibt noch einen weiteren Grund, den der Aussenminister zwar nicht nennt, aber wohl mitdenkt: Das grosszügige Engagement ist auch der Versuch eines Befreiungsschlags in einer Zeit, in der die Schweizer Ukraine-Politik international auf Unverständnis stösst.

Am Freitag zitierte der «Tages-Anzeiger» aus einem scharfen Schreiben, das die Botschafter der G-7-Staaten an den Bundesrat geschickt haben. Darin werfen die westlichen Partner der Schweiz vor, die Sanktionen gegen russische Oligarchen ungenügend umzusetzen. Dieselbe Kritik hatte zuvor schon der US-Botschafter Scott Miller in einem Interview mit der NZZ vorgebracht.

Und nun macht sich auch im

US-Kongress Unmut bemerkbar. Er zielt auf den Umstand, dass die Schweiz beschlagnahmte Gelder an sanktionierte Russen zurückgeben will, die in den Fall des Whistleblowers Sergei Magnitski verwickelt sind. «Mit der Rückgabe dieser Gelder verlängert die Schweiz den Krieg und belohnt Putins Aggression», sagt der republikanische Senator Roger Wicker. Die USA beschlagnahmten eingefrorene russische Gelder

Auch im US-Kongress wird Unmut über die Position der Schweiz laut.

und stellten sie der Ukraine zur Verfügung. «Ich fordere die Schweiz auf, dasselbe zu tun.»

Für Ärger sorgt bei Wicker aber auch, dass der Bundesrat die Wiederausfuhr von Schweizer Waffen in die Ukraine blockiert. «Das ist kein Ausdruck der Neutralität, sondern eine Parteinahme für Russland», sagt der ranghöchste Republikaner im Ausschuss für Streitkräfte. «Indem die Schweiz den Ukrainern den Zugang zu diesen Waffen verwehrt, unterstützt sie Russland bei seiner Invasion.»

Noch sind Stimmen wie jene Wickers die Ausnahme. «Aber es ist schon so, dass der Druck aus Washington steigt», sagt Martin Naville, Chef der schweizerisch-amerikanischen Handelskammer. «Die Ereignisse der letzten

Wochen schaden dem guten Ruf der Schweiz als verlässlicher Partner.» Bei ersten Schweizer Firmen, die mit den USA geschäftet, sei Verunsicherung spürbar.

Parmelin auf der Bremse

Die Schweizer Diplomaten haben das Störpotenzial erkannt. In Washington bestehe die Erwartung, dass sich die Schweiz klar zum Westen bekenne, sagt Jacques Pitteloud, der Schweizer Vertreter in den USA. Er sieht den Schlüssel dazu vor allem in der politischen Kommunikation: «Die Schweiz sollte weiterhin aktiv nach russischen Oligarchengeldern suchen und dies selbstbewusst kommunizieren. Wir müssen nicht nur Gutes tun, sondern auch darüber sprechen.»

Cassis scheint das verinnerlicht zu haben. Aber reicht das - darüber zu sprechen? Oder würde es nicht viel mehr helfen, wenn die Schweiz formell der internationalen Oligarchen-Task-Force Repo beitreten würde, mit der sie auf technischer Ebene ohnehin schon zusammenarbeitet? Die USA fordern die Schweiz schon seit mehr als einem Jahr dazu auf. Und ebenso lange zögert der Bundesrat einen Entscheid darüber hinaus. Dem Vernehmen nach ist es vor allem der zuständige Wirtschaftsminister Guy Parmelin, der sich gegen einen Beitritt stemmt. Dass es bei der Suche nach russischen Vermögen auch um ein politisches Signal geht: Das hat man in Bern offenbar noch nicht verstanden.